

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachel-, und Steinzeugindustrie, in Scheibentüpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Druckes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 00 0 7 7 6 5 0, 7 6 5 1, 6 2 4 0. Postfach 652 32.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Minnefellen und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Senfrose. Geschäftsanfragen nach Carlshof, Werba, Berlin SW 11.

Der Silberstreifen.

In unsere notenordnete Zeit ist ein kleiner, heller Lichtstrahl gefallen. Wieder einmal so ein Silberstreifen am weltwirtschaftspolitischen Horizont, der uns schon oft erschienen ist. Diesmal haben sich „die Amerikaner“ gerührt, oder genauer gesagt, ein Amerikaner, hinter dem allerdings mächtige Bankengruppen stehen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, hat am Sonntag, dem 21. Juni, den Vorschlag gemacht, vom 1. Juli an einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen eintreten zu lassen. USA-Amerika, nach dem ein beträchtlicher Teil des Goldstromes aus den verschuldeten, ehemals kriegführenden Ländern Europas geht, ist bereit, allen ihm von fremden Mächten geschuldeten Zahlungen für ein Jahr einen Aufschub zu gewähren. Chequers hat also zunächst Deutschland einen Silberfimmernenden Erfolg gebracht. Selbstverständlich, daß Hoover seinen Vorschlag nicht um der schönen Augen Deutschlands willen macht, sondern aus der nüchternen Erkenntnis, daß Amerika an einem zerrütteten Deutschland, an einem wirtschaftlich zerrütteten Europa kein Interesse haben könne. Mit zerrütteten Ländern kann man kein business, kein Geschäft machen.

Wir überschätzen die Bedeutung des Hoover'schen Vorschlages keineswegs, wie wir ihn auch nicht unterschätzen wollen. Keine Illusionen! Immerhin bedeutet die Durchführung eines Schuldenerjahres für den Reichssekret eine ganz erhebliche Entlastung. Diese Entlastung wird nicht wie die Notenordnung eine weitere Verkleinerung des Wirtschaftsumfanges zur Folge haben, die freigegebenen Summen werden in die Kanäle des deutschen Wirtschaftslebens einfließen und dort in einem, im Verhältnis zur Krise allerdings kleinen Umfange das Wirtschaftsleben bestärken. Ein Teil dieser Summe wird sich entsprechend der jeweiligen Größe des Lohnanteils in den einzelnen Industriezweigen in Lohn vermindern. 500 Millionen dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt, würde bei einem Lohnanteil von 30% bedeuten, daß sich etwa 160 Millionen Mark in Bauarbeiterlöhne vermindern. Also eine Erhebung der Krise würde noch keineswegs die Folge sein, aber eine kleine Milderung. Und jede, auch die kleinste Wirtschaftsebene begrüßen wir freudig. Der Hoover'sche Vorschlag bringt, und das ist noch wichtiger, eine Stärkung des Vertrauens des Auslandes zu Deutschland. Schon hat die Reichsbank einen Dollarkredit von 420 Millionen Mark bekommen. Eine weitere Kredithilfe in Höhe von 1200 Millionen steht in Aussicht. Diesmal soll es sich um einen wirklich langfristigen Kredit handeln. Die Kreditwürdigkeit Deutschlands in der Welt ist also zurzeit im Ansteigen begriffen. Aber schon melden sich unsere Reaktionsäre, die sich in ihrer Hoffnung auf die schon so sichere deutsche Katastrophe betrogen fühlen. Die völkische „Deutsche Zeitung“ schreibt, „daß der Kredit im höchsten Maße geeignet erscheint, allerhöchsterweise Bestärkungen zu bestatigen“. Aber noch schöner ist, was Josef Oebels, der Berliner Naziführer, in seinem „Angriff“ schreibt: „Nach ein paar Tage, dann hätte die Frage geklärt: Soll Deutschland und mit ihm der gesamte mittel- und westeuropäische Raum im bolschewistischen Chaos versinken, oder bietet sich in der Nachbarnahme durch die NSDAP. eine letzte Möglichkeit, das Ausland vor klare Entscheidungen zu stellen? Diese hoffnungsvollen Aussichten sind für den Augenblick zweifellos vernichtet.“ Die Reaktionsäre beklagen also die Aussicht auf Rettung, haben aber ihre Hoffnung auf die Katastrophe nicht aufgegeben. Übrigens, sinngemäß daselbe schreibt die kommunistische Moskauer „Pravda“. Sie verfluchen die Rettung, weil sie für ihre Pläne das Chaos gebrauchen! — Bei Verwirklichung des Schuldenerjahres und der Kredithilfe

darf angenommen werden, daß die massenhaften Kündigungen ausländischer Kredite der letzten Zeit zurückgenommen werden.

Zur Stunde haben sich — wenn auch unter Bedingungen, die in Betracht kommenden Staaten zu dem Hoover'schen Vorschlag bekannt. Unter Ohr lauscht gespannt nach Frankreich, dieser ersten Reparationsmacht, diesem zweiten Land neben Amerika, das über große Goldvorräte verfügt und in der Reparations- und Schuldenfrage das entscheidende Wort führt. Frankreich hat bei dem Hoover'schen Vorschlag den Aufschlag zu geben. Deshalb hat Reichskanzler Dr. Brüning in der Nacht zum 24. Juni in einer viel beachteten Rundfunkrede einen Appell an Frankreich gerichtet und nach einem deutsch-französischen Chequers gerufen. Diese Besprechung französischer und deutscher Staatsmänner ist inzwischen schon gesichert. Hoffen wir, daß es den Weislichen unter den Staatsmännern Frankreichs gelingt, die französischen nationalistischen Kräfte, die von einem Entgegenkommen Frankreichs an Deutschland nichts wissen wollen, zurückzubringen.

Unter Hinweis auf den amerikanischen Vorschlag eines internationalen Moratoriums hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sofortige Besprechungen über die Abänderung der Notenordnung gewünscht werden. „Nachdem die Reparationsfrage nunmehr wieder aufgerollt ist und das Moratorium, d. h. der Zahlungsaufschub, unmittelbar bevorsteht, bestehe kein Hindernis mehr, die Abänderung der Notenordnung vorzunehmen. Die werksfähigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzianerung gebracht und deshalb einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen künftig alle Erleichterungen zugute kommen.“ Das Schreiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dessen Sätze wir vollaus unterstützen, ist ein weiterer Schritt in dem

Kampf der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft gegen die Notenordnung; das Vorgehen der SPD-Fraktion unterfruchtlich wirkungslos die in der Ausschussprüfung des WGB aufgestellten Forderungen. Durch die weitere günstige welt-politische Wendung gewinnen unsere Forderungen immer mehr an Berechtigung. Schon jetzt zeigt sich deutlich auch für den politisch kurzschichtigen, daß die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Reichstag nicht einzuberufen, die den Sturz der Regierung Brüning, aber auch eine Regierung Jugenberg-Sißler verhindert hat, richtig gewesen ist. Der Sturz der Brüning-Regierung und die darauf sicher eintretende Staatskrise hätten lediglich zu dem Ergebnis führen können, auch den letzten Rest welt-politischer und wirtschaftlicher Kreditfähig- und -würdigkeit Deutschlands zu vernichten! Niemand hätte Amerika einem von Katastrophopolitikern „regierten“, am Rande des Bürgerkrieges stehenden Deutschland einen Vorschlag machen können, niemals hätte England und niemals hätte Frankreich dem Hoover'schen Vorschlag auf ein reparationsfreies Jahr für Deutschland zustimmen und diesem Deutschland Kredite gehen können. Die Reichsregierung aber möge sich bewußt sein, daß das reparationsfreie Jahr nicht schlechter eingeleitet werden kann als durch Hunger- und Arbeitslosenkravalle. Diese aber werden die Folge sein, wenn nicht die Notenordnung in kürzester Frist abgeändert wird. Die Regierung muß sich völlig aus den Klauen der Schwerindustrie und Agrarier befreien! Sie muß eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik anbahnen, mit der Möglichkeit weiterer Kreditbeschaffung und langfristiger Anleihen für Reich, Länder und Gemeinden. Durch planvolle Arbeitsbeschaffungspolitik, durch öffentliche Aufträge, durch öffentlichen Wohnungsbau, durch Straßenbau und andere Arbeitsbeschaffungsmahnahmen muß die Regierung, das Wirtschaftsleben fördern. Schluß mit jeder Politik, die nicht die Konsumkraft des ganzen deutschen Volkes hebt!

Kommt die Bierzigstundentwoche?

Unter den ungeheuren Angriffen, die die neue Notenordnung gegen alles, was Sozialpolitik heißt, enthält, befinden sich auch einige Körneln von Anregungen, die verständnisvoll ausgeführt — für die Arbeiterschaft kleine Vorteile bringen können. Zu diesen Punkten gehört die Bestimmung, daß durch Verordnung der Reichsregierung die regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden kann und die Zuständigkeit von Mehrarbeit nach den §§ 2 oder 5 der Verordnung über die Arbeitszeit von der Genehmigung bestimmter Behörden abhängig gemacht werden muß.

Wir geben zu: Für die Reichsregierung ist es keine leichte Aufgabe, diesen an und für sich einfach klingenden Teil der Verordnung in die Praxis umzusetzen. Gerade hier zeigt die Verordnung auf starken Widerspruch im Unternehmerlager. Der Baugewerksbund hat schon vor einigen Wochen mit den übrigen baugewerblichen Verbänden in einer Eingabe an die Reichsregierung die Festsetzung der Bierzigstundentwoche gefordert. Er hat auch eine ausführliche Begründung beigelegt. Unseren Kollegen ist der Wortlaut der Eingabe durch den „Grundstein“ bekanntgeworden. Unsere Stellung war also klar vorgezeichnet: Unbedingt auf Durchführung dieser Vorrichtung in der Notenordnung zu bestehen.

Am 23. Juni hatte das Arbeitsministerium Arbeiter- und Unternehmervertreter eingeladen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Der Einladung waren sämtliche bau-gewerblichen Verbände gefolgt; auch die Unternehmer waren durch ihre hervorragendsten Namen vertreten. Ministerialdirektor Dr. Sißler wies einleitend darauf hin, daß die Regierung den Standpunkt vertritt, die in der Notenordnung angeordnete Ermäßigung dürfe nicht auf dem Papier stehen bleiben. Es müsse deshalb versucht werden, möglichst durch eine freiwillige Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern eine Verflüchtigung herbeizuführen. Was irgendeine Möglichkeit wäre, müsse versucht werden. In den nächsten Tagen kämen andere Berufsgruppen in der gleichen Angelegenheit zusammen. Das Baugewerbe müsse durch eine verständnisvolle Aufstellung der Lage anderen gewerblichen Verbänden als gutes Beispiel dienen. Er habe das Baugewerbe vor allen Dingen

deshalb als erste Gruppe eingeladen, weil hier eine alte Tarifgemeinschaft bestehe. Er wolle noch darauf hin, daß bei freiwilligen Vereinbarungen die Möglichkeit bestehe, auch Betriebe unter zehn Beschäftigten zu erfassen, was ja in der Notenordnung ausgeschlossen ist. Die Regierung sei sich klar, daß eine Regelung — ganz gleich, ob durch eine Verordnung, oder durch eine Vereinbarung — keine neue Belastung des Gewerbes bringen dürfe, und auch keine Verteuerung des Bauens eintreten darf. Woraus ergibt sich, so sagte Ministerialdirektor Dr. Sißler wörtlich, daß die Fristen für die Fertigstellung der Bauten nicht verlängert werden dürfen. Wenn wir die Arbeitszeit verkürzen, sehen wir voraus, daß dann ebenso rasch gebaut werden muß. Wir müssen versuchen, Wege zu finden, mehr Arbeitslose zu beschäftigen. Mit gutem Willen werde das möglich sein. Da es sich um alle Industrien handelt, wird sich durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine allgemeine Entlastung einstellen, insbesondere werde das auch bei der Erwerbslosenunterstützung zu spüren sein. Die Regierung denke es sich so, daß die einzelnen Arbeiter kürzer beschäftigt werden und durch Mehrleistungen das Arbeitsquantum nicht verringert wird, dabei sei es für die Regierung ganz gleich, ob die tägliche Arbeitszeit begrenzt wird, ob der einzelne Arbeiter nur fünf Tage beschäftigt werden soll oder ob vielleicht die Arbeiter jede sechste Woche beurlaubt werden usw. Welche Wege gegangen werden sollen, ist Sache der Parteien. Ministerialdirektor Dr. Sißler betonte immer wieder: er lege größten Wert auf eine freie Vereinbarung. Auch die Arbeiterfrage und die Akkordarbeit könnten in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Im Baugewerbe sind ja die Leberstunden an sich beschränkt. Es dürfe aber nicht etwa so kommen, daß durch die Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit die Leberstunden als Ausgleich benutzt werden. Zur Frage des Lohnausgleiches müsse betont werden, daß das auf dem Wege der freien Vereinbarung zu regeln sei. Machen wir es gesetzlich, dann vermindern sich die Löhne. Der Arbeitseffekt wird vielleicht nicht in demselben Maße abnehmen wie durch die Verkürzung der Arbeitszeit verhältnismäßig erwartet werden müßte. Die Frage ist also zu prüfen, inwieweit ein Lohnausgleich am

Platz (el. Vergessen dürfe man allerdings nicht, daß die Betriebe durch die Veränderung der Arbeitszeit auf der anderen Seite mehr Kosten haben, zum Beispiel bei Sozialbeiträgen. Ergibt sich, daß die erste Rechnung falsch war, dann müßten sich die Parteien wieder zusammensehen, um Irrtümer auszugleichen. Er könne nur immer wiederholen, er rate dringend zu einer freiwilligen Vereinbarung. Kommt es nicht dazu, dann sei bestimmt mit einer Vereinbarung zu rechnen. Der Ministerdirektor verwies noch darauf, daß die Kurzarbeit im Baugewerbe sehr gering sei, und diese Regelung dazu ermittle, im Baugewerbe eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Die Unternehmervertreter zogen bei den Eröffnungsansprechungen des Ministerdirektors ziemlich verärgerte Gesichter. Wenn auch manches von dem, was Sijler sagte, von unserem Standpunkt aus betrachtet, nicht hieb- und stichfest war, so hatte er damit den Unternehmervertretern doch schon gleich zu Anfang das Konzept verdorben.

Der Standpunkt unseres Bundes.

Nach Herrn Sijler ergab Kollege Bernhards das Wort. Er verwies einleitend auf den Antrag der baugewerblichen Gewerkschaften und fügte hinzu, daß die Bauarbeiter von der Obergelung wirklich nicht verwöhnt worden sind. Die Notverordnung ist dafür ein neuer Beweis. Auf der einen Seite werden den Bauarbeitern Arbeitsmöglichkeiten genommen, gleichzeitig wird das Lohnrecht gegen sie verhängt; die Unterhaltungsfrage gekent. Die immer stärkere Einführung von Maschinen hat die Arbeitsleistung des einzelnen gewaltig gesteigert. Man muß, um die schädlichen Folgen der Rationalisierung zu mildern, auch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit kommen. Die Arbeitsintensität ist so stark gestiegen, daß eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit unbedingt notwendig ist. Es ist nur ein Mittel, um den Menschen die Menschlichkeit früher bei und verarbeitetem Material gegen heute festzustellen; aber das führt zu keinem entgeglichen Ergebnis, denn die Hilfsmittel sind andere geworden. — Wir beobachten heute, daß in ganz wenigen Wochen Stellungen in die Höhe schießen. Nach der Gewerbebildung von 1925 haben sich die massenhaften Kräfte im Baugewerbe von 1907 bis 1925 um 16% vermehrt. Der Fortschritt nach 1925 ist noch stürmischer. Vom Materialtransport an über alle Arbeitsmöglichkeiten hinweg ist das Tempo der Arbeit stark gesteigert worden. Ein besonderer Grund für die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe ist die oftmals große Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, vor allem in der Provinz, die ständig wachsende Arbeitslosigkeit unserer Kollegen eine große Rolle. Das hat schon vor dem Kriege im Baugewerbe mehr als in anderen Gewerben zur Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Die Verbesserungen der Verkehrsmittel, der Verkehrswege, der Verkehrsverbindungen haben den Bauarbeiter aber immer noch mehr hinausgeführt über die Grenzen der Großstadt. Die schwere Arbeit, die ungewohnte Unfallgefahr und anderes mehr kommen noch hinzu.

Kollege Bernhards verwies auf das Arbeitslosenproblem im Baugewerbe. Im Juni 1928 waren 7824 Maurer erwerbslos, das waren 4 % der Maurer; im Juni 1929 waren es 13 034 = 6%; im Juni 1930: 85 187 erwerbslose Maurer = 40,7% und am 8. Juni 1931 zählte unser Bund 120 732 erwerbslose Maurer, das sind 59,5%. Keine geradezu gigantische Zahl für die letzten Daten sind für die Hilfsarbeiter folgende Ziffern anzuführen: 1928: 18 010 = 11,9%; 1929: 21 496 = 13,8%; 1930: 68 445 = 46,3% und 1931: 83 645 = 63%. Für die Stukkateure, wiederum die gleichen Schritte zugrunde gelegt, ergeben sich folgende Ziffern: im Juni 1928: 1060 = 8,4%; im Juni 1929: 1487 = rund 10% Erwerbslose; im Juni 1930: 4658 = 32% und im Juni 1931: 6449 = 42,4%. — Das sind ganz ungeheure Zahlen! Von unserer Gesamtmitgliederschaft waren am 8. Juni 252 702 Mitglieder = 56% erwerbslos. Schon monatelang dauert diese Arbeitslosigkeit. Wir haben 169 000 Mitglieder festgestellt, die über 26 Wochen erwerbslos waren, 19 861 Mitglieder waren über 52 Wochen ohne Beschäftigung. Heute haben wir mindestens 200 000 Mitglieder, die über ein halbes Jahr arbeitslos sind und 35 000 bis 40 000, die mehr als ein Jahr ohne jede Beschäftigung sind! Dadurch wird eine Stimmung erzeugt, die nicht zu beschreiben ist. Die Leute, die ohne Beschäftigung sind und sich, wie andere 48 Stunden voll arbeiten, vielleicht sogar auch noch Überstunden leisten, werden direkt zur Verzweiflung getrieben. In den genannten Zahlen spiegelt sich ein furchtbares Elend. Drei Viertelmillionen Menschen seit mehr als einem halben Jahr in steigender Not. Das Vertrauen unserer Kollegen zu allem wird stark herabgedrückt. Der Glaube an Staat und Gesellschaft wird ihnen genommen. Jeder Beschäftigte muß heute Mühe tun, um den gleichen Arbeit zu bekommen, um die Vergeltung auszuweichen. Es gibt Arbeiter, die überleben, aber die Vertragsparteien müssen lebensfähig bleiben, und deshalb müssen die hinter ihnen stehenden Organisationen auch in dieser Frage Disziplin halten und zur praktischen Solidarität aufrufen. Durch die Notverordnung ist die Lage sehr verschärft worden; zur Erwerbslosigkeit kommt nun noch das Anrecht der verkürzten Arbeitslosenunterstützung. Die Spannung zwischen den in voller Arbeit stehenden und den Erwerbslosen wird immer größer. Technisch und wirtschaftlich ist die Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Alles hängt von der Einstellung der Arbeit und der Arbeiter ab. Wenn gute Politiker und Bauarbeiter eingestellt werden, können an der gleichen Arbeit viel mehr Leute beschäftigt werden, als bei Arbeitslosen. Die Mehrrenten werden. Die Gründe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit sind immer die gleichen. Sie sind uns schon bekannt aus jener Zeit, in der wir die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10%, dann auf 10; von 9% auf 9 und später auf 8 Stunden durchgedrückt haben. Es ist eine Leichtfertigkeit, überall die Umstellung durchzuführen. Wir haben gegenwärtig 41 Orte, darunter bedeutende Städte, in denen herab bis zu 44 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Dort klagen die Unternehmer auch nicht über Schwierigkeiten. Im Verband sozialer Baubetriebe haben wir 69 Betriebe, die unter 48 Stunden arbeiten; wir haben 29 Betriebe mit 40 Stunden, 36 Betriebe, in denen 40½ bis 47 Stunden gearbeitet wird. Diese Betriebe müssen doch auch konkurrieren. Sie könnten solche Maßnahmen nicht treffen, wenn die Folgen so schlimm wären, wie immer von den Unternehmern behauptet wird. In der Eingabe der Unternehmer wird eine Verlängerung der Bauzeit als Weggrund angeführt. Das ist doch sehr unrichtig, denn es ist ganz selbstverständlich, daß bei Arbeits-

zeitverkürzung mit neuen Einstellungen gerechnet werden muß. Es ist bedauerlich, daß Betriebe bis zu zehn Mann ausgeschlossen werden sollen. Wir müssen verlangen, durch eine Vereinbarung das auszugleichen. — Ein weiterer Punkt ist die Akkordarbeit. Es ist zu verlangen, daß bei Ausdehnung öffentlicher Arbeiten das unbedingte Verbot der Akkordarbeit ausgesprochen wird. Durch die Akkordarbeit wird nur die Pflanzarbeit gefördert. An ihr wird niemand froh. Es ist festzustellen, daß durch den Zeitlohn keine Verwertung eintritt. Notwendig ist, daß die Regierung auf gibt und — den Gutachten entsprechend — Akkordarbeit verbietet. Durch die Abschaffung der Akkordarbeit in einem Hamburger Betrieb konnten 40 mehr Arbeiter eingestellt werden. Das ist im Interesse der Arbeitslosen sehr erfreulich. Dr. Meleuz unterbrach hier den Redner und sagte: „Das machen wir in Berlin auch!“, worauf Bernhards prompt erwiderte, daß davon nichts bekannt sei. Aber wenn es geschieht, dann könne das nur als ein Erfolg für den Baugewerksbund angesehen werden. Die Wünsche einer Herabsetzung der Arbeitszeit müßten sein — darauf legte Bernhards das allergrößte Gewicht — mehr Arbeitslose einzustellen. Die Einstellung der Arbeitslosen muß erzwingen werden. In dieser Hinsicht erwarten wir auch von unseren Kollegen Solidarität. Auch der einzelne muß sehen, daß das Opfer, das er bringt, nicht vergebens ist, deshalb muß der Einstellungszwang unbedingt Hand in Hand mit der Verordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. — Nach unserer Meinung ist es ganz selbstverständlich, daß ein Lohnausgleich kommen muß. Nicht im selben Maße, wie die Arbeitszeit verkürzt wird, geht die Arbeitsleistung zurück. Die Arbeitsleistung steigt bei verkürzter Arbeitszeit. Der Arbeiter wird bei kürzerer Arbeitszeit eher kann mehr geben. Das heißt, soweit die Arbeitsleistung in einzelnen Drien überhaupt noch steigerungsfähig ist. Vielfach besteht schon Wählerarbeit schlimmster Art. Deshalb versteht sich ein Lohnausgleich ganz von selbst! Er versteht sich aber auch noch aus einem anderen Grunde. Unsere Löhne sind selbst bei voller Arbeitszeit nicht mehr so, daß man von „hohen Löhnen“ reden kann. Der Lohnabbau hat sich nach unseren Feststellungen so ausgewirkt, daß heute 25,6% der Maurer unter einer Mark Stundenlohn verleben, bei den Hilfsarbeitern sind es sogar 63,7% und bei den Tischarbeitern 97%. Wer will da noch von hohen Löhnen reden? Bei Verkürzung der Arbeitszeit muß also ein Lohnausgleich geschaffen werden. — Auf eine Zwischenbemerkung des Vorstehenden bemerkte Bernhards noch, daß auch die Nacht- und Sonntags- und die Überstundenarbeit besser geregelt werden müsse, ferner, daß er sich die Verordnung auf Herbeiführung der Vierzigstundennote zunächst auf ein Jahr beschränken wolle.

Die Unternehmer sagen: Unmöglich!

Für die Unternehmer sprach Dr. Grundmann. Während der Rede Bernhards konnten auf die Unternehmer die Worte Wilhelm Buschs zitiert werden: „Der Gehalt ward lang und länger, ihr Gehalt ward bang und bäng.“ — Dr. Grundmann meinte, es stände eigentlich nur die allgemeine Frage zur Ausprache, ob eine Lösung des Arbeitslosenproblems von der Seite der Arbeitslosen her möglich ist. Das bestreite er. Auch die Unternehmer hätten dazu Stellung genommen. 300 Unternehmer hätten aber den Standpunkt vertreten, daß die Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich sei; ja, daß das, was die Notverordnung vorschläge, ein Selbstmordverbrechen genannt werden könne. Sie hätten geltend gemacht, die Ausprache sei mehr eine Art „fremder Willkür“, die dem Staat die Verantwortung der Notverordnung zu geben. Aber es scheint doch, als ob man ernstere Absichten habe. Die Gewerkschaften verfolgen ein doppeltes Spiel: Sie wollen, daß die vorhandene Bauarbeit auf mehr Arbeiter verteilt, also gestreckt werde. Dazu müßte er bemerken: Gut geleitete Betriebe regeln das schon alles. So. Jeder wird heute befristet sein, möglichst viel Arbeiter zu beschäftigen, aber es sei doch nicht zu bestritten, daß bei einer bestimmten Arbeit nur eine bestimmte Zahl beschäftigt werden könne, sonst hören sich die Leute gegenseitig. Bei anderen Arbeiten ist die Anzahl der Maschinen bestimmend, deren Arbeitsgang um. Der Gedanke, durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeit zu strecken, ist, rein technisch gesehen, zwar durchführbar, aber wichtig ist die Wirtschaftlichkeit der Ausprache nicht erkauf wird durch Verteuerung der Bauten, durch erhöhte Geschäftskosten. Es muß berücksichtigt werden, daß gewisse Anlagen stabil bleiben, etwa die Angestelltengehälter, die Witwenrenten, Löhne, Heizung, Kapitalverzinsung usw. Auf einen Zwischenruf, daß das durch die Mehrrenten von Leuten auf ein Minimum zurückgedrängt werden könnte, bestritt Herr Grundmann dies. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen fragte er ganz empört, wer etwa einen Lohnausgleich in dieser Zeit verantworten wolle; das sei doch überhaupt nicht diskutabel. Die Gedanken, die Bernhards über die politische und moralische Auswirkung der Arbeitslosigkeit vorgetragen habe, seien auch ihm bekannt; aber so ging es nicht. Die Leute nur fünf Tage arbeiten zu lassen, habe auch schwere Gefahren. Da müßte ein Stundenplan für die Arbeiter ausgearbeitet werden; da kämen die verschiedenen Eigenheiten der Betriebe in Betracht, auch die Verschiedenheit der Berufe und Bauweisen. Zum Schluß bemerkte Herr Grundmann mit hochgezogenen Brauen und empörter Stimme: „es wäre ein Verbrechen an meiner 23jährigen Tätigkeit, wenn ich zugeben wollte, hier würde wichtige Hilfe geboten; ja, es wäre ein Verbrechen an unserem Beruf. Die Arbeitszeitverkürzung halten wir für ein ganz untaugliches Mittel. Wir wären geneigt, über die Frage zu reden, wenn wir uns davon auch nur den geringsten Erfolg versprechen würden. Die Regierung möge es sich zehn und hundertmal überlegen, wenn sie die solche Veränderung herbeiführt, denn sie wäre eine Torheit; sie produziert noch mehr Erwerbslose.“ Er verweise überhaupt nicht, wie man beim Baugewerbe angefangen habe, das, psychologisch betrachtet, das schlechteste Objekt hieset.

Im weiteren Verlauf der Ausprache trafen noch von beiden Seiten eine ganze Reihe Redner auf; so Dr. Raff, Gebauer, Meleuz und Bergmüller für die Unternehmer; Wiedeberg, Mehrens und Melzer für die Arbeiterverbände. Dabei zeigte sich, daß die Unternehmer — wovon sie auch immer sprachen, — dem Gedanken der Arbeitszeitverkürzung auch nicht das geringste Zugeständnis machten. Alle, zermürbte Einwendungen, die wir fast 25 und mehr Jahren immer wieder gehört haben, wurden aus dem

Staubschrank der Weltgeschichte hervorgeholt, um die Ausführungen Bernhards zu widerlegen. Die ein frischer Luftzug wirkte es dann, als Kollege Sijler von der Bauhütte Steffin erklärte, daß das, was wir gefordert haben, in der Bauhütte Steffin seit Jahresfrist durchgeführt worden ist. Sie haben den Betrieb, der 760 Arbeiter umfaßt, und neben Maltern, Zimmerern, Betonarbeitern, Installateuren auch Elektrofachler, Maler und Tischler, kurz so ziemlich alle Bauberufe beschäftigt, auf den Siebenfundentag umgestellt, die Akkordarbeit abgeschafft und den Lohnausgleich restlos durchgeführt. Dabei haben wir die übertragende Feststellung gemacht, daß wir eine Lohnersparnis von 4 % hatten. Alle diese Dinge, die Grundmann ausgeführt hat, haben wir uns vorher auch überlegt; vor allen Dingen, ob die Bauzeit eingehalten werden kann um. Und wir haben gefunden, daß sich viel mehr Leute beschäftigen lassen. Wir haben 10 bis 11 % mehr Leute eingestellt und die Arbeitsleistung gesteigert. Der Lohnausgleich muß allerdings durchgeführt werden, um die Arbeitsfreude zu erhöhen. Das ist selbstverständlich. Der Redner gab im einzelnen technische Einzelheiten, wie die Mehrrentenstellung von Arbeitern in Steffin durchgeführt worden ist. Die Kollegen von Malterverband und vom Zimmererverband, die später redeten, legten auf Grund dieser Beispiele ihre eigene Ausführung dar.

Es war vorauszuheben, daß bei dieser ersten Besprechung nichts herauskam. Immerhin dürfte die Regierung daraus so viel gelernt haben, daß auf eine „freiwillige Vereinbarung“ wohl wenig Hoffnung gesetzt werden kann. Hier wird eine Verordnung dem Obenherab geschaffen müssen. Die Regierung wird dabei die Bauarbeiter auf ihrer Seite finden. Wo es einen Bauarbeiter, der bei dieser Zeit der allgemeinen Not nicht einsteht, daß hier mehr getan werden muß? Die Worte Bernhards werden bei der Bauarbeiterkammer im ganzen Lande ein lebhaftes Echo finden. Dabei wollen wir nicht verschweigen, daß in dieser Ausprache von mehreren Seiten auch darüber geklagt worden ist, daß es mit der Arbeitszeit besonders bei Stellungen im Baugewerbe, auf dem flachen Lande nicht so genau genommen wird. Wenn das auch nur in bescheidenem Umfang zutrifft, müßte es trotzdem hier beachtet werden. Wir müssen von unseren Funktionären, besonders aber von unseren Angehörigen fordern, daß sie sich das Arbeitszeitgesetz vom April 1927, besonders seine Bestimmungen ansehen. Schließlich haben die Gewerkschaften, die Regierungspräsidenten und in Preußen z. B. der Minister für Handel und Gewerbe da auch noch ein Wort mitzureden. Jetzt gilt es mit unseren arbeitslosen Brüdern Solidarität zu üben. Niemand sollte auch nur eine Viertelstunde länger arbeiten; jeder muß von sich aus auf eine Verkürzung drängen im Interesse derer, die draußen stehen. Wir verweisen noch darauf, daß beim Abschluß des zurzeit geltenden Reichsarbeitsvertrags für Hoch-, Beton- und Tischbauarbeiten die zentralen Vertragsparteien folgende Erklärung zu Protokoll gegeben haben: „Zu § 8: Wenn als Notmaßnahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit in Verbindung des Arbeitszeitgesetzes vom 14. April 1927 gesetzliche Bestimmungen über die Arbeitszeit eintreten, werden die Vertragsparteien über die Durchführung solcher Bestimmungen im Baugewerbe beraten.“ Möge es bis in die Regierungsluben im Arbeitsministerium dringen und dort ein Gesetzgebungswerk zustande bringen, das geeignet ist, die unerträgliche Arbeitslosigkeit des Baugewerbes wenigstens von dieser Seite aus zu lindern.

XII. Ausfühung des ADGB.

Der Ausschuß des ADGB, hielt am 20. Juni in Berlin seine XII. Sitzung ab. Kollege Leipart gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung in ehrenden Worten unseres verstorbenen Heineke, des unermüdeten Kämpfers des Bauarbeiterbundes. Den Bericht über die Arbeitszeit eintreten, worüber die Vertragsparteien über die Durchführung solcher Bestimmungen im Baugewerbe beraten.“ Möge es bis in die Regierungsluben im Arbeitsministerium dringen und dort ein Gesetzgebungswerk zustande bringen, das geeignet ist, die unerträgliche Arbeitslosigkeit des Baugewerbes wenigstens von dieser Seite aus zu lindern.

Der Ausschuß des ADGB, hielt am 20. Juni in Berlin seine XII. Sitzung ab. Kollege Leipart gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung in ehrenden Worten unseres verstorbenen Heineke, des unermüdeten Kämpfers des Bauarbeiterbundes. Den Bericht über die Arbeitszeit eintreten, worüber die Vertragsparteien über die Durchführung solcher Bestimmungen im Baugewerbe beraten.“ Möge es bis in die Regierungsluben im Arbeitsministerium dringen und dort ein Gesetzgebungswerk zustande bringen, das geeignet ist, die unerträgliche Arbeitslosigkeit des Baugewerbes wenigstens von dieser Seite aus zu lindern.

In diesem Zusammenhang freilich der Redner kurz die Ausführungen des ADGB, und die bisherigen Versuche der Leipart ging dann auf die Bestimmung der Notverordnung ein, die die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien absieht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen aber in keiner Weise den Forderungen der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. In der Frage der Verbringungsordnung vertreten die Gewerkschaften nach wie vor den Standpunkt, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollten. — In der Ausprache vertreten alle Redner die Auffassung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungszwang verbunden sei; ebenso muß Lohnausgleich gesetzlich geregelt werden. Unser Bundesvorsitzende, Kollege Bernhards, erklärte, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie von arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet werden müsse. Verkürzung der Arbeitszeit sei und bleibe eine Forderung der Gewerkschaften! Wir wollen arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Selbst unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, besonders aber durch die Rationalisierung eingetretene Leistungssteigerung ist die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit durchaus gerechtfertigt. Der Baugewerksbund hat nach wie vor an seiner Erklärung vom November v. J. zu dieser Frage (siehe an seiner Eingabe fest. — Auch die folgenden Redner legten dar, daß keine Ursache bestände, von der Forderung der Vierzigstundennote abzugehen. Leipart konnte dann in seinem Schlußwort die einmütige Auffassung des Bundesausschusses feststellen, daß in den Durchführungsbestimmungen der Einstellungszwang festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die Vierzigstundennote sei zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Der Ausschuß nahm darauf zur allgemeinen Lage Stellung. Kollege Leipart gab Bericht über die



Unterhaltung und Wissen



Die Ferien des Arbeiters.

In diesem Jahre hat sich der Winter länger hingezogen. Aber schließlich ist der Frühling mit Macht durchgebrochen und hat die europäischen Lande in ein Zaubermeer verwandelt. Wenn die Gäfte steigen, dann beliebt sich auch die menschliche Natur. Man trifft mehr als sonst fröhliche Gesichter, und wenn die Wirtschaftslage des einzelnen nicht gar so traurig ist, eine allgemein freundlichere, freiere und zufriedener Menschheit. Die Einwirkung der Natur auf die Menschen ist kolossal. Kein Wunder, daß sich ein jeder aus seiner engen Behausung heraussehnt. Mit dem Frühling beginnt die Ferienzeit. Pläne werden geschmiebt, kleine und große. In der Regel sehen sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht im Einklang. Die Bade- und Kurorte schicken Prospekte heraus, inserieren in Tageszeitungen usw. Ein jeder Kurort preist und lobt seine Umgebung, die örtlichen Einrichtungen und seine sonstigen Vorzüge. Man muß beim Lesen derartiger Anpreisungen zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich nirgends besser leben läßt als gerade an diesem Ort.

Wegen der gedrückten Wirtschaftslage sind auch die Preise für Logis, Hotels und Unterkünfte niedriger geworden. Man weiß sehr wohl, daß nur wenige Menschen über einen gefüllten Geldbeutel verfügen. Zahlreiche sind gelegentlich und Erholung findende Orte im In- und Ausland und gerüstet und in der Lage, viele Tausende von Menschen aufzunehmen. Und wenn allgemein das Reisefieber ausbricht, wenn der Mensch den Eisenbahnen der Großstadt zu entfliehen trachtet, dann erwacht auch in der Brust des Arbeiters, Angestellten und kleinen Beamten eine ungestüme Sehnsucht nach Natur, Freude und Erholung. Durch die Gebirge streifen, unbewacht und unbekümmert, am Strande liegen und sich bräunen lassen, fremde Gegenden zu durchstreifen und fühlen, daß man nicht nur Arbeitstätter, sondern auch Mensch ist, der lacht und sich freuen kann, — das ist das Verlangen vieler Millionen.

Leider bleibt dies nur Gschnuld und frommer Wunsch, weil den allermeisten die Zeit und vor allem die Mittel zu derartigen Reisen fehlen. So sehr auch die Ferienzüge überfüllt sind und wie viele die Großstadt verlassen, diese Wirtschaftslage bilden doch nur einen kleinen Bruchteil der städtischen Bevölkerung. Von der Masse der Hand- und Kopfarbeiter sind es jedenfalls nur wenige, die sich eine Ferienreise erlauben können. Und wenn sie es können, dann ist das ganze Jahr auf diese Reise geparkt worden. Man hat Monate durch auf manches verzichtet, vieles ist ungekauft geblieben, weil man eben das Verlangen hat, wenigstens einmal im Jahr richtig ausspannen zu können. In diesem Jahr wird die Zahl der Ferienreisenden allgemein geringer sein. Wesentlich geringer ist der Prozentsatz von Reisenden aus der Schicht der Arbeiter und Angestellten. Die große Masse der Erwerbstätigen scheidet schon von selbst aus. Der Verdienst der übrigen ist so gering, daß es zu einer Ferienreise nicht langt. Von der kleinen Schicht der Arbeiter und Angestellten heute nicht mehr reden. Schon morgen oder in der nächsten Woche kann auch der, der sich noch in Stellung befindet, ohne Beschäftigung sein. In der „Brücke“ des „BZ“ macht eine Leserin folgende Bemerkungen über die Möglichkeiten der Urlaubsausnutzung der Arbeiter und Angestellten:

Nach der bekannten offiziellen Enquete, die das Statistische Reichsamts über die Zusammensetzung des Budgets von 900 Arbeiterpauschaltungen angestellt hat, gibt ein Arbeiterpauschalt im Jahre für Erholung aus:

Bei einem Einkommen von	Ausgaben für Erholung insgesamt für eine Person		
	Kopfgeld	Insgesamt	Für eine Person
2500 M.	3,6	14,32	3,98
2500—3000	3,9	26,01	6,67
3000—3600	4,2	34,28	8,16
3600—4300	4,4	50,17	12,15
4300u. mehr	4,9	73,86	15,07
Gesamtdurchschnitt:	4,2	36,88	8,78

Anmerkung des Statistischen Reichsamts: In der Gruppe „Erholung“ sind die Ausgaben für Ferienreise, Ausflüge und Sport zusammengefaßt. Die Verpflegungsausgaben während der Ferienreise usw. sind nur insoweit einbezogen, als sie die in der Haushaltung sonst üblichen Erhaltungsausgaben überschreiten. Man lese die Zahlen nicht unter viermal und lasse sie auf sich wirken. Wie weit kann ein Mensch mit einem jährlichen Erholungsgehalt von 3,98 M. oder mehr, nehmen wir schon das höchste, mit 15,07 M. kommen? Die Frage, wie nötig gerade der Arbeiter die Arbeiterfrau und die Arbeiterkinder eine Erholungszeit brauchen, ist hier wohl nicht zu diskutieren. Was machen nun die Arbeiter mit ihrem Urlaub? Zu einem großen Teil verkaufen sie ihn an den Unternehmer. Sie bekommen für ihre Urlaubszeit doppelten Lohn und ermöglichen es dadurch vielleicht einem anderen Familienmitglied, seine Urlaubszeit wirklich zu einer Erholungszeit zu machen. Die älteren Kinder machen Volungänge in den großen Ferien, die jüngeren liegen den ganzen Tag im Rinnlein oder auf den Wäldchen im Sommer, die Arbeiterfrau arbeitet Sommer wie Winter, hoch, mäht, säht, stopft, sie kennt keine Ferien, für sie gibt es nie Urlaub.

Wenn es gleichwohl wenig hinzuzufügen. Am allerdinglichsten braucht die Arbeiterfrau einmal im Jahre eine Erholung. Gerade sie, die nichts weiter kennt als ihre Wohnung, in ihr festgehalten wird und deren Enge sich drückend auf ihr Gemüt legt, mühte einmal hinaus in die freie Natur, losgelöst von den Sorgen um den Koftopf und den vielen kleinen Schmerzen, die täglich auf die Nerven einer Frau einwirken. Doch bei diesen Zeiten wird die Arbeiterfrau noch weniger als sonst an eine Erholung in freier Natur denken können. Es bleiben nur die kleinen Epizentren oder Tagesausflüge, die als eine Entspannung kaum zu bezeichnen sind.

Leider sind die Aussichten trübe, daß es bald einmal anders und besser wird. Die gegenwärtige Generation ist

In der freigewerkschaftlichen Abteilung der Bauausstellung, Berlin 1931.



Arbeiter, sogar auf den Bauausstellungen trifft man auf die rote Welt.

dazu verurteilt, das Bleigewicht furchtbarer Krisen mit sich herumzuschleppen zu müssen. Es bleibt nur die eine Hoffnung, daß es unseren Kindern einmal besser gehen möge. Denn wenn sich eine solche Selbstperiode lange durchschleppen sollte, dann wäre das Leben wirklich nicht lebenswert. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und nicht daran zweifeln, daß die Menschheit den Ueberfluß an Lebensgütern und Erholungsmöglichkeiten immer unausgenutzt läßt. Sobald einmal die Weltwirtschaftskrise nachläßt, wird die Arbeiterbewegung mit ungestümem Drang einen Vorstoß unternehmen, damit das Anrecht auf ein sorgenfreies Leben und auf Erholung zur Geltung kommt. Wir alle wollen geloben, daran mitzuarbeiten.

Eine Stunde auf dem Stempelamt der Berliner Bauarbeiter.

Von Hermann Hill.

Mitten im Großstadtbetrieb Berlins, umfibt vom Lärm der Fahrzeuge, der Straßenbahnen, der Autos und Schlepper liegt der größte Arbeitsnachweis, das größte Stempelamt Deutschlands, Metallfabriken, Fabriken und Geschäftshäuser umgeben es wie eine gigantische, allen Atmen erschauende Ringmauer. Unausgesprochen wälzt sich der Menschenstrom vorbei, ohne ihm irgendwelche Beachtung zu schenken. Vor den großen Eingängen schauen sich die Arbeiter, diskutieren, treiben Politik, schlumpen über die schlechten Verhältnisse oder erzählen aus ihrem Leben.

Mäßsam bahnte ich mir einen Weg durch die aufgeregte Masse und gelangte über abgetretene Treppen, Flure und Plätze in die Abteilung für die arbeitslosen Bauarbeiter. Lärm, Lachgeruch, dicke, verdorbene Luft, die einem das Atmen erschwert, schlägt mir entgegen. Unzählige Arbeiter sind hier versammelt. Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands, Arbeiter, jung und alt, kräftig und braun gebrannt, Arbeiter, die wissen was sie wollen, die vor keiner Arbeit zurückschrecken und — bis auf einige Ausnahmen —

Ins Stammbuch.

Dem Gleichgültigen:

Wenn die Sonne lecht im Frührotscheine —
Es schert dich nicht!
Wenn Blumen duften am Ackerraine —
Es stört dich nicht!
Es stört dich nicht! Und Freiheit und Freude sprechen —
Es schiert dich nicht!
Und wenn im Elend Herzen zerbrechen —
Es rührt dich nicht!
Wenn einer zur Einigkeit ermahnt —
Das stört dich nicht!
Und wenn er gar wirbt für den Verband —
Es schert dich nicht!
Du denkst nur an dich und an andere nicht —
Was bist du doch für ein trauriger Wicht!

Dem Kämpfer:

Wenn Sonnenglanz hell durch die Täler gluet —
Dein Herz wird frei!
Wenn das Büchlein klar durchs Waldesgrün flutet —
Du jubelst dabei!
Wenn du von Freiheit und Freude hörst sprechen —
Wie pocht dir das Herz!
Und wenn im Elend Herzen zerbrechen —
Fühlst auch du dann den Schmerz!
Wenn weckere Männer zur Einigkeit raten —
Du stimmst freudig ein
Und forderst selbst auf zu rührigen Taten
Im Gewerkschaftsverein!
So strebt du für Glück und Freiheit und Licht
Und erfüllst als ein Kämpfer und Mensch deine Pflicht!

ungern stempeln gehen. Sie sitzen auf Bänken, an kleinen Tischen oder stehen in Gruppen beisammen und unterhalten sich über irgendein ihnen wichtig erscheinendes Thema. Viele vertreiben sich die lange Wartezeit mit Schach, Dame, Karten oder mit einem anderen Unterhaltungsspiel. Sie spielen um kleine Geldbeträge, Zigaretten, Zigarren oder Tabak. Sonderbar sieht es aus, wenn eine schwellige, verarbeitete Hand, die sonst nur mit Steinen, mit Hammer und Keile vertraut war, eine kleine schlanke Schachfigur rückt. Die meisten haben erst hier diese Spiele erlernt. In einem größeren Tisch sitzen einige ältere Arbeiter und reifen Wähe. Manchmal veralbern sie sich und geraten scheinbar aneinander. Ich trete an den Tisch heran und höre eine Welle zu. Zwei Steinträger, dünnhäutige, bärtige Gesellen und außerdem mindestens Berliner, sorgen für Stimmung. „Ich hab ja nicht daheim“, meint der eine zum anderen, „wenn du eben den Tag hierherkommst, aber ein halbes Jahr schon, daß es 'n bißchen will! Ja, was zwart, daß du im Valles bist, aber Pöschel mußte jetzt an mir zahl'n! Ein Sechser un'. In Pries'n 'n Dag. Jahaupst bist du der euzige, der immer hier ohne Eintritt rinkommt!“ „Oller Stänker“, entgegnet ihm der andere, „ich heb dir gleich en Sechser uff! Maul! Wie du noch nicht an die Baubude jedacht hast, da hab ich schon hier jessehen! Was anderet is es mit'n Priesm! Den will ich dir jeben, aba sonst nicht! Wastheste?“ — Darauf gibt er seinem Kollegen, mit dem er übrigens jahrelang zusammengearbeitet hat, ein Stückchen Priesm.

Langsam gehe ich weiter, links und rechts an den Wänden die Aushängetafel lesend. Eine mit folgender Aufschrift, die ich auch schon einmal auf dem Stempelamt der Metallarbeiter las, fällt mir besonders auf: „Arbeiter, hüte und schütze allgemein's Eigentum!“ Auf einer Bank unter diesem Schild sitzt ein junger Arbeiter, vertieft in „Maz“, „Kapital“. — Die Welt um ihn läßt ihn vorläufig gleichgültig, ist für ihn verunkelt: er lebt in der herrlichen Welt des großen Sozialisten und Phyllosophen! Drei Schritte weiter steht ein Arbeiter, abgetrieben und elend, und trägt schmunzelnd einer größeren Gruppe Kollegen ein Gedicht, das neueste Stempelerlebnis vor:

Empor du Stempelbruder,
empor du meiner Nacht,
empor du armes Luder,
auf daß die Knechtschaft kracht!
In deiner Faust liegt alles,
liegt eine neue Welt!
Einst bist du aus dem Dalles,
ist deine Schmach zerfchelt!

Nachdem der Vortragende genedt, bricht die Gruppe in lauten Weisfall aus. Einige schreiben sich das Gedicht auf. Jetzt fällt mir ganz hinten in der Ecke ein Arbeiter auf, der fortgesetzt auf den Boden stiert, als suche er etwas. Ich trete an ihn heran und frage ihn, wie lange er schon arbeitslos sei. „Etwa fünf Monate“, gibt er mir zur Antwort. Dann stiert er wieder nach dem Boden. „Es geht Ihnen wohl sehr schlecht?“ frage ich ihn nun. Da geht er aus sich heraus. „Ja, mir geht es sehr schlecht! Finf Kinder zu Hause und eine kranke Frau. Das Stempelgeld langt kaum für Brot und Margarine. In Miese ist gar nicht zu denken. Wenn ich nur Arbeit bekäme, dann wär uns geholfen. Ich bin tüchtig in meinem Fach und kann arbeiten wie ein Pferd, wenn es drauf ankömmt.“ In diesem Augenblick wird sein Name gerufen. Schnell eilt er auf den Beamten zu. Der Beamte, ein ehemaliger Bauarbeiter, gibt ihm einen Zettel und sagt ihm, daß man für ihn Arbeit habe, aber in einem Nebenberuf und nur an vier Tagen in der Woche.

Ueber des Arbeiters Gesicht huscht ein Lächeln. Seine Hand, die den Zettel hält, zittert. Dann dankt er und eilt hinaus auf die Straße.

Ich folge dem Beamten und schaue ihm zu, wie die einzelnen Arbeitslosen abgefertigt werden. Menschlich sind es Leute, die erst arbeitslos geworden sind und sich nun dem Beamten eintragen lassen, hoffend, bald wieder Arbeit zu finden. Noch einmal schreite ich durch den Raum, mir all die vielen Gesichter der Arbeitslosen einprägend. Dann verlasse ich das Stempelamt. Als ich an der Türe bin, singen gerade einige Arbeiter das Stempelerlebnis. Ich bleibe stehen und singe mit:

Empor du Stempelbruder,
empor du meiner Nacht,
empor du armes Luder,
auf daß die Knechtschaft kracht!

Zus Schlußband.

Ein Schotte sitzt auf einer Bank und ist im Begriff, sein Zigarettenetui aus der Tasche zu ziehen, läßt es aber drin, weil er im letzten Augenblick einen Bekannten, von dem er weiß, daß er schon lange arbeitslos ist, auf sich zukommen sieht und fürchtet, daß er von sich auf andere schließt, daß er von dem Arbeitslosen um eine Zigarette angeknorrt werden könnte. Zum Verdruss des Schotten setzt sich der Arbeitslose auch auf die Bank. Der Schotte ist sofort wieder bereit, als er sieht, daß der Arbeitslose seinem Etui eine Zigarette, es war die letzte, entnimmt und in Brand setzt. Jetzt holt der Schotte seine Zigaretten hervor und steckt eine in den Mund. Der Arbeitslose will ihm Feuer geben und reicht ihm seine Zigarette. Der Schotte nimmt sie, sagt: „Danke“, steckt seine Zigarette weg und raucht die des anderen weiter. Stimms.

Verhart Hauptmann wurde eines Tages von einem Mann angehalten, der ihn fragte: „Verzeihung, sind Sie nicht Verhart Hauptmann?“

„Ja“, nickte der Mann zurück.
„Dann sind wir ja Schulcameraden“, sagte der Mann. „Ich heiße Gregor Müller. Mensch, ich habe dich doch gleich wiedererkannt. Das ist ja nun schon ein paar Jahrzehnte her, daß ich nichts mehr von dir gehört habe. Was ist denn eigentlich aus dir geworden?“

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauphilis- und Tiefbauarbeiter: Gespert find: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamifabrik bei Oeckshaus, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regierarbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Isehoe); die Firma Geisler in Wehlfeld die Baustelle des Fleischermeisters Franz Würfel, Umbau Leipziger Straße 6; die Firma Georg Neumann, Baugeschäft in Rosenthal a. S., und die Firma Rochus Volkert, Baugeschäft in Matzkammer in Soest (Baugewerkschaft Hamm); die Arbeiter der Firma Franz Karsten in Stolp i. Pom., in Rheine und Schiffort (Baugewerkschaft Münster) sind alle Baugeschäfte wegen Lohnkürzung gestreikt.

Polierer: Gespert ist die Isolierfirma Riffert, Aiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gespert sind: In Halle/S. Wilhelm Stöckel, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Schmidt und Böhmke. Die Ofenherer der Ofenfabrik Brüderraus in Remscheid (Baugewerkschaft Koblenz) streiken wegen Nichtzahlung des Tariflohns im Streik.

Danzig. Die Unternehmer hatten bereits im Dezember vorigen Jahres den am 31. März ablaufenden Tarifvertrag für das Baugewerbe gekündigt. Wie im Reich, so wollte man auch hier die „überfälligen“ Löhne und Tarifbestimmungen abbauen. Die Unternehmer sandten ein ganzes Bündel Anträge auf Aufhebung von Bestimmungen, die wir bereits fast zwei Jahrzehnte hatten. Von vornherein war zu erkennen, daß die Unternehmer alles darauf anlegten, um es zu keiner Vereinbarung kommen zu lassen. Nach acht Verhandlungen mußte dann das Tarifamt angerufen werden. Die Unternehmer hatten nicht nur für die Spitzenlöhne einen Abbau von 20% beantragt, sondern wollten auch, daß die Spanne zwischen Maurer- und Hilfsarbeiterlöhnen 20%, die Spanne zwischen Maurer- und Tiefbauarbeiterlöhnen 40% und die für Plagarbeiter sogar 50% betragen sollte. Außerdem sollte an Berufsfremde in den ersten drei Monaten ein um 10% niedrigerer Lohn gezahlt werden. — Da sich die Parteien nicht über die Person des Tarifamtsvorsitzenden einigen konnten, wurde — wie der Tarifvertrag vorsieht, der Senat der Stadt Danzig ersucht, einen Vorsitzenden zu ernennen. Der Senat ließ alle bisherigen Tarifamtsvorsitzenden fallen, andere Personen wurden mit der Begründung abgelehnt, sie seien zu sozial eingestuft oder gegenüber den Gewerkschaftssekretären zu weich. Im Baugewerbe müsse — so erklärte der Senat — ein widerstandsfähiger, durchdauernder Vorsitzender das Tarifamt leiten. Diesen Namen glaubte der Senat in dem Amtsgeschäftsdirektor Dr. Draeger, der einen brutalen Reaktionsärzter gefunden zu haben. Der Senat hat sich nicht getraut, Draeger hat die ihm aufgetragenen Wünsche voll erfüllt. Aus der Verhandlung war immer mehr und mehr zu erkennen, daß die Tarifverhandlungen weniger zwischen uns und den Bauunternehmern als vielmehr zwischen dem Senat und uns geführt wurden. Die Bauunternehmer waren nur die Mittelspersonen. Die Tarifamtsverhandlungen dauerten 14 Tage. Der Herr Amtsgeschäftsdirektor war nicht vorsichtig genug, seine Gedanken zu verbergen. Gleich bei Beginn erklärte er, daß ein Schiedsspruch nicht an Stimmenmehrheit gebunden sei. Dagegen erhoben wir den Senat mitteilen würde, das Tarifamt sei aufzulösen. Dann würde höchstwahrscheinlich der Senat eine Schlichterkammer einleiten; wobei es dann möglich sei, daß er Schlichter der Schlichterkammer werden würde. Dort könne ein Schiedsspruch ohne Stimmenmehrheit gefaßt werden. Diese Äußerung zwang uns Vorsicht zu üben, um nicht dem Amtsgeschäftsdirektor die Macht zu geben, von sich aus einen Schiedsspruch zu fällen. — Nach vierzehntägiger Verhandlung hat Draeger dann mit den Stimmen der Unternehmer einen Schiedsspruch gefaßt, der das bisherige Gehalt in Fortfall bringt und die Entscheidung für den ersten Krankheitsurlaub verhielt. Der wichtigste Punkt des Schiedsspruches ist, daß die Löhne der Maurer um 10% abgebaut, die Lohnspanne der Bauphilisarbeiter auf 12% und die für Tiefbauarbeiter auf 20% festgesetzt werden. Das bedeutet bei den Maurern einen Lohnabbau von 18 1/2 je Stunde, bei den Bauphilisarbeitern einen solchen von 19 1/2 und bei den Tiefbauarbeitern einen solchen von 28 1/2. Ehe die Bauarbeiterchaft zu diesem Schiedsspruch Stellung nahm, hat der Unternehmerverband am 18. Juni morgens (also noch nicht einmal einen Tag nach Fällung des Schiedsspruches) beim Senat die Verbindlichkeit beantragt. Am Nachmittag des 18. Juni hatten wir bereits eine Einladung zu einer Verhandlung über diesen Antrag zum 18. Juni, und am 19. Juni — also dem Tage des Ablaufs der Erklärungsfrist — wurde der Schiedsspruch für verbindlich erklärt. — Die neuen Bestimmungen des Schiedsspruches sind am 25. Juni in Kraft getreten. Damit ist das abgekürzte Spiel zu Ende. Aber nicht für immer!

Aus den Baugewerkschaften

Frankenberg. (Von der Firma Paul Franke.) Der Unternehmer Paul Franke will wahrscheinlich durchaus nicht mit den Arbeitern in ihren Organisationen in Frieden leben. Schon seit Jahren bemüht er sich ernstlich, den in diesem Betrieb beschäftigten Arbeitern die Löhne zu kürzen, dafür aber um so höhere Arbeitsleistungen zu fordern. Nur unserer streifen Organisation und dem häufigen energischen Eingreifen unserer Baugewerkschaft ist es zu verdanken, daß es Franke bisher noch nicht gelungen ist, seine Pläne durchzuführen. Dafür hält er sich nun an den Lehrlingen und Umschulern schadlos. Von allen Bauunternehmern beschäftigt Franke die höchste Zahl von Lehrlingen; etwa 10 bis 15, Zimmerlehrlinge nicht mitgerechnet. Dabei ist sein Geschäft zu den kleinen zu

gehören. Den jungen Leuten zahlt Franke seit Jahren Löhne bis zu 18 1/2 je Stunde unter Tarif. Noch schlimmer geht es bei der Einstellung der Lehrlinge zu Hilfsarbeitern. Beschäftigt Franke fast überhaupt nicht, dafür stellt er um so mehr ausgebildete Umschuler im Alter von 19 bis 34 Jahren ein. Diese Umschuler werden selten mit Maurerarbeiten beschäftigt, dafür müssen sie fast reines Hilfsarbeiten verrichten. Sie müssen sogar die Kalk- und Ziegelträger ersetzen. Während aber der Lohn eines Bauphilisarbeiters 102 1/2 je Stunde beträgt, erhalten die Umschuler nur 40 bis 45 1/2, in einem Falle werden „sogar“ 50 1/2 gezahlt. Der Mann, der diesen „festen“ Lohn erhält, ist 34 Jahre alt. Von der Arbeitsverpflichtung läßt Franke einem kleinen Neubau in der Größe eines Stieglingshäuschens arbeiten sieben Gesellen und ein Hilfsarbeiter, drei Lehrlinge im dritten Lehrjahr und sieben Umschuler. Die Osterung der Baugeschäfte zeigt schon, in welcher kaum glaublichen Weise Hilfsarbeiter ausgeschaltet sind. Außer der untertariflichen Bezahlung für die ausfallenden Hilfsarbeiterlöhne spart Franke je Stunde und Mann 52 bis 57 1/2. Verleumdungen gibt es bei der Firma meist nicht. Wenn es einmal welche gab, dann sind sie entweder verlorengegangen oder nicht unterzeichnet. Entstehen nun irgendwelche Meinungsverschiedenheiten, dann ist dem Unternehmer schwer beizukommen. Im Oktober dieses Jahres haben erstklassigere Weise fast alle Unternehmer entweder gar keine oder nur einen Lehrling eingestellt. Herr Franke aber hat als einziger wiederum drei neue Umschuler im Alter von 19, 25 und 34 Jahren eingestellt. Darüber hinaus versucht er, die ausgebildeten Lehrlinge noch ein weiteres Jahr als sogenannte Umschuler zu behalten, in Wirklichkeit also vier Lehrjahre einzuführen, und zwar zu ganz niedrigen Löhnen. Im Stille eines Lohnes von 124 M bietet er 70 1/2. — Es wird Zeit, daß die Innung oder die Handwerker- und Innungskammer endlich einmal eingreift. Trotz dieser Mißstände verlangt die Firma Franke von ihren Arbeitern die größten Leistungen. Wer sich nicht fügt, scheidet und wird in Arbeit und Platz gehen. Die Arbeiterchaft hat allen Grund, in fester, entschlossener Front dahin zu wirken, daß solche Zustände beseitigt werden!

Freising. Am 14. Juni feierte unsere Baugewerkschaft ihr fünfundsingzigjähriges Bestehen, verbunden mit Bannerweihe und Jubilärfest. Es waren Kollegen erschienen aus Moosburg, Landshut und Erding. Der Arbeitergefangener „Volkshorn Freising“ und der Spielmannszug des Reichsbanners wirkten mit. Die Festrede hielt Kollege Puz aus München; er schilderte, wie schwierig es vor 25 Jahren war, gewerkschaftliche Zweigvereine zu gründen. In seinen sieben Jubilären überbrachte er die Grüße und Wünsche des Bundes. Darauf sprach der Vorsitzende unserer Baugewerkschaft. Auch die Worte des Kollegen F r e i n e r fanden reichen Echo. Darauf wurde den Jubilären, unter denen sich auch der Gründer der Zahlstelle Freising befand, die Ehrenurkunde sowie die Bundesnadel mit Silberkranz und außerdem als Geschenk der Baugewerkschaft eine schöne Weckeruhr überreicht. Im Namen der Jubiläre dankte Kollege Andreas S c h m i d; er gedachte dabei der verstorbenen und gescheiterten Kollegen und forderte die Jungen auf, dem Beispiel der Alten zu folgen. — Bei Musik und Tanz gingen die Stunden wie im Fluge dahin. Es war ein schönes Arbeiterfest, das uns unvergesslich bleiben wird!

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Berlin. Nach Abschluß des Tarifvertrages sprach am 20. Juni in unserer Versammlung Kollege K r i e g i c h über: „Welche Lehren ziehen wir aus der Tarif- und Lohnbewegung.“ Während wir uns mit den Unternehmern herumschlagen, lassen die anderen nebenher und helfen uns an. Die Kaiserlichen sind in letzter Zeit ziemlich zum gemorden. Um so mehr reizt die R.O.D. das Maul auf. Dieser sogenannte Einheits-Verband hat auch eine Fachgruppe der Asphaltierer gegründet. Wenn auch die Mautarbeiten niemals in der Lage sein werden, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, so können sie aber den Erfolg haben, unsere Front noch mehr zerpflißert zu haben. Der ladende Dritte ist natürlich das Unternehmertum. Es wurde viel von Kampf gesprochen. Ja, wenn man mit Phrasologie einen Kampf gewinnen könnte, so hätten es verschiedene Leuten mit ihrem beitragschuenen Anhang schon längst fertig gemacht. Doch lassen wir sie belassen und ein paar Worte abgeben, die sich innerlich schon immer mit ihr verbunden hätten. Die Weltgeschichte geht auch über sie hinweg! Die Interessen der Asphaltierer können wirksam nur durch den Baugewerksverband vertreten werden. Wir werden unseren Weg gehen, unbekümmert um die Meinung solcher Leute. Wer ehrlich mit uns kämpft, ist uns willkommen! Doch wer sich woanders wohler fühlt, mag dort hingehen. — Wie richtig es war, daß wir den Vertrag abgeschlossen haben, zeigte sich bald. Die Firma Conti Berliner Straßenunternehmens-Gesellschaft, die nicht dem Ring angegeschlossen ist, zahlte nach Ablauf unseres bisherigen Vertrages nur noch Tiefbauarbeiterlöhne. Unsere Kollegen dachten darüber nicht im entferntesten daran, für 92 1/2 zu arbeiten. Dieser Zustand wäre auch bei anderen Firmen eingetreten, wenn wir uns von nichtsagenden Phrasen hätten berufen lassen. — Nach kurzer Aussprache beantwortete Krieglich noch einige Anfragen. Darauf befahte er sich mit einer Angelegenheit der Firma Kopp. Der leitende Ingenieur dieser Firma läßt wieder einmal seinen Machtbühl walten. Willkürlich, als bestände überhaupt kein Tarifvertrag, setzt er die Arbeitszeit fest. Wir werden ihn zu begegnen wissen!

Hamburg. In der Versammlung am 4. Juni berichtete Kollege C e p a n p f l über das Ergebnis der Lohnverhandlung. Laut Versammlungsbeschlusse am 7. Mai wurde nochmals mit den Unternehmern verhandelt. Eine Einigung über die noch strittigen Punkte: „Entschädigung bei Auszahlung von ausländischen Arbeitern und Werkzeuggeld“, konnte leider auch in dieser Verhandlung nicht erzielt werden. Die Unternehmer weichen von ihren bisherigen Vorschlägen nicht ab. Nach eingehender Beratung beschloß die Versammlung, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, den Vorstoß zurückzunehmen. Bei den diesjährigen Tarifverhandlungen galt es, die weit-

gehenden Abbauforderungen der Unternehmer abzuwehren. Dieses ist unserer Lohnkommission nach langwierigen Verhandlungen zum größten Teil, besonders in der Lohnfestlegung und der Ferienfrage, gelungen. Die zu unseren Ungunsten geänderten Punkte des neuen Tarifvertrages müssen wir zu einer anderen Zeit wieder verbessern. Bis dahin heißt es: fester Zusammenhalt aller Kollegen und strikte Durchführung des neuen Tarifvertrages. — Czecpanski berichtete darauf über die Ergebnisse des Arbeitsnachweises im Monat Mai. Vom April wurden 193 Erwerbslose übernommen. Von den dann im Mai 210 Erwerbslose wurden nur drei vermittelt. Durch Fernberufen von Arbeitslosen entgingen sich 44 Erwerbslose der Kontrolle. Im Ende des Monats waren noch 183 Kollegen beim Arbeitsnachweis eingetragener.

Töpfer und Fliesenleger. Soll das Zäpferhandwerk ausgerottet werden? Seit einiger Zeit wird im Kadelföngewerbe ein Erzeugnis auf den Markt gebracht, das den wiedererfindenden Namen Sparakachel trägt. Wer Gelegenheit hat, eine solche Sparakachel kennenzulernen, wird zu einem großen Schrecken feststellen, daß von dem Begriff „Kachel“ nur das Wort übrig geblieben ist. Es handelt sich um ein regelrechtes Strangpressenerzeugnis, das nach Art der sogenannten Spaltplatten von einer Ziegelpresse hergefertigt wird. Von dem, was sich der Fachmann, sobald der Kachelformer als auch der Ofenherer, unter einer Kachel vorstellt, bleibt nur die äußere Fläche übrig. Statt eines Kachelrumpfes, der der Kachel den eigentlichen Halt geben soll, sind nur zwei senkrechte Stege vorhanden, wie sie eben nur eine Strangpresse hergeben kann. Wie weit diese Ziegelpresseerzeugnisse den Ansprüchen genügt, die man an einen Kachel stellen darf, soll vorerst unerörtert bleiben. Es ist notwendig, sich zunächst einmal mit dem Wort „Sparakachel“ zu beschäftigen und anzudeuten, wozu der Begriff „Sparakachel“ das gesamte Ofengewerbe führen kann. — Die herstellende Fabrik bezeichnet das Strangpressenerzeugnis (gelernete Zäpfer können keine andere Bezeichnung dafür finden) als einen wesentlichen Fortschritt. Worin kann er wohl bestehen? Er kann nur darin bestehen, daß in absehbarer Zeit Laufende von Töpfern und Ofenherern brotlos werden. Eine Strangpresse leistet eben mehr als eine große Zahl Kachelformer. Ein weiterer „Fortschritt“ wird sein, daß eine große Anzahl von Kachelherren ihre Arbeit einstellen und den Fortschritt werden also Laufende von Arbeitskräften mit endloser Erwerbslosigkeit bezahlen müssen. Aber auch Ofenherer werden zu nicht geringen Teil durch die „Sparakachel“, „freigelegt“ werden. Ist es nicht Spott und Hohn, wenn man in der heutigen Wirtschaftskrise, wo alle Schichten der Bevölkerung nach Schaffung von Arbeitsgelegenheiten rufen, es noch wagt, eine derartige Neuerfindung als „wesentlichen Fortschritt“ zu bezeichnen? Es müssen Schritte unternommen werden, um die Existenz unseres Gewerbes zu sichern. Ofenherer und Zäpfer haben sich zu einem schicksalhaften Kachelware zusammengefunden. Jetzt ist abermals unsere Existenz gefährdet. Diesmal kommt die Gefahr von der sogenannten Metropole des Kachelöngewerbes, von Meißen. Wir fragen: Soll das Zäpferhandwerk ausgerottet werden? — A. Meißner.

Berlin. Auch Berlin steht im Zeichen des Lohnabbaues. Das Lohnabkommen ist von den Unternehmern zum 30. Juni gekündigt worden. Sie forderten: Senkung des Stundenlohnes um 33 1/2 und der Akkordlöhne um 28 %. In freier Verhandlung ermächtigen sie ihre Forderung auf 23 1/2 und 18 % für Akkord. Dies wurde von uns abgelehnt. Die Unternehmer riefen darauf den Schlichtungsausschuß an, der eine Senkung der Stundenlohne um 15 1/2 und der Akkordzuschläge um 11 % aus sprach. — Auch diesen Spruch lehnten wir als untragbar ab. Unsere Versammlung, abgeschlossen am 18. Juni, mußte sich auch mit einer neu aufstehenden Kachelware beschäftigen. Die Kachel hat keinen Rumpf, sondern nur noch zwei senkrechte Stege. Sie muß trocken Blatt auf Blatt gelegt werden und erhält ihre Verbindung nur durch senkrecht über die Stege geschobene Einplattsteine. Diese Kachel zeigt, daß die Profingier der Fabrikanten nicht danach fragt, ob das, was hergestellt wird, auch wirklich seinen Zweck erfüllt. Hauptache ist, gelernete Arbeitskräfte auszuqualifizieren, um mit billigen Arbeitskräften arbeiten, um die Verdienstmöglichkeit erhöhen zu können. Schon jetzt ist es so weit, daß der Zäpfermeister nicht die Ware verarbeitet, die er für geeignet hält. Tägliche ein Kachelverreter verfaßt es, die den Bau ausführende Firma für eine Ware zu interessieren und der Zäpfermeister wird gezwungen, diese Ware zu kaufen. Angehtlich soll die rumpfloze Kachel den Ofen verbilligen. Wir dagegen sind der Auffassung, daß auf diese Kachel das alte Sprichwort angewendet ist, daß das Willstige das Zweite ist. Hier der Beweis! Während bisher der Rumpf der Kachel ihren eigentlichen Halt gab und zur Verbindung der einzelnen Kacheln diente, fehlt bei der in Betracht kommenden Kachel diese Festigkeit, weil der Rumpf fehlt. Wie sich dies mit der Reichsverbandsordnung, die doch auf Antrag der Unternehmer vom preußischen Volksratsminister anerkannt worden ist, verhält, ist schleierhaft. Man kann sich ausmalen, was von sich einem Ofen übrig bleibt, wenn er einmal umgelegt werden muß. Wir behaupten, ein Schuttkaufen! Denn beim Ausschleppen des Ausbaumaterials werden bestimmt mehr Kacheln kaputt gehen als Einplattsteine. Der bisherige Kachelofen dagegen konnte beim Umlegen bis auf einige durch die direkte Hitze einwirkung geprungene Kacheln wieder voll Verwendung finden. Die neue Kachelware ist mit einem minderwertigen Anzugstoff zu vergleichen. Der Ofen wird zwar fest und unerschütterlich durch die verbindenden Einplattsteine, bis sämtliche Eingemauerte ausgebrannt sind. Dann aber ist er erledigt. Solche Ware müssen wir sofort bekämpfen. Es sind Mittel und Wege, die man anwenden kann. Die dreien Massen der Bevölkerung bringen die Hausinsureurmittel auf, die zur Beschaffung der Waren dienen. — Für die eiserne Herde gilt Ähnliches. Der Bauanfragegeber nahm früher solide Ware, er ließ Herde sehen, die 25 bis 30 Jahre standen. Heute werden eiserne Herde genommen, Wände dünne wie Papier! Hauptache: billig, und daß für die Aktionäre Dividenden abfallen. Der Leidschragende aber ist der Mieter. Denn die Mietverträge enthalten die Klausel, daß bei Auszug die Wohnung zu übergeben werden muß, wie sie übernommen wurde. Hat der eiserne Herd Wunden bekommen oder ist er durchgebrannt, so hat der Mieter einen neuen anzuschaffen. Ist der Kachelofen in seinem fadenhäutigen neuen Anzug, den ihm irgendein sehr weiß, technisch fortgeschrittener Fabrikant gibt,

vorzellig verbraucht, so hat der Mieter zu stark gezahlt. Er muß einen neuen Kachelofen kaufen. Was Fenster fragen den Fabrikanten der neuen Ohne-Kumpf-Kachel, wie wir sich eine Kachel ausklücken sollen. Liefern Sie Kacheln überall dorthin, wo sie nicht hingehören, weil sich Kacheln einfach nicht in solche Ohne-Kumpf-Kachel hineindrehen lassen. Weiß der Ofenfabrikant, was er antwortet? Wir fragen es ihm. Die Kachel wird der Ofen größerer unserer Verzeuf sein. Glaubst man etwa, daß jemand, der einmal einen solchen Ofen gehabt hat, wieder einen Kachelofen nimmt? Diese Kaufleute sind wieder einen Kachelofen verkauft worden, die nie gelernt haben, einen ordentlichen Ofen zu legen. Wir wollen jedoch, die gemöndt sind, ein anständiges Heizobjekt bezustellen, leihen die Ware ab!

Vom Bau

Darmstadt. (Schutz dem arbeitenden Menschen) An der Scheunenkasselle bei Gustavsburg erregte sich ein feldlicher Unfall. Der Führer eines Kampfwagens war damit beschäftigt, den Kran zu schwenken. Ein an dem Schwenkarm hängender eiserner Haken, der über einen Stapel von eisernen Spundbohlen schloß, ersagte eine neun Zentner schwere Bombe und ließ sie von dem Stapel herunter. Der hinter dem Stapel stehende verheiratete Maurer Adam A. Scheimer l. aus Wülfelborn wurde von der Bombe am Kopf getroffen und sofort getötet. — A. Scheimer ist Mitbegründer der Bauergewerkschaft Darmstadt und seit dem Jahre 1897 organisiert. Er war ein sehr eifriger Kämpfer und Streiter im gewerkschaftlichen, sowie im politischen Leben und zugleich in Wülfelborn Austräger der Parteiführer. Der Unfall war unschöne Folge der durch seine Zuverlässigkeit, durch sein beherrschendes Auftreten weit über die Grenzen hinaus allgemein großes Vertrauen erworben. Wir alle werden seiner stets gedenken!

Kronach. Kollege Johann Heinlein, beschäftigt bei dem Unternehmer Hans Weeg in Fißbach bei Kronach, erlitt einen Unfall. Er war mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Der Wehring warf einen Stein an eine Abstellstange; diese rutschte weg, dadurch kam eine Gerüstbohle zum Fallen, die dem Kollegen am Kopfe eine tiefe Wunde beibrachte. Außerdem wurde ihm der Daumen gebrochen. — Scheuderkonturren und ungenügender Bauarbeiterchutz zeitigen ihre Folgen!

Allgemeine Rundschau

Wilhelm Vock †. Diesmal ist wirklich einer der alten Warden dahingegangen. Kurz nach seinem 85. Geburtstage starb Wilhelm Vock, ein alter Gewerkschaftler, der schon in den sechziger Jahren für die Gewerkschaften und für die Sozialdemokratische Partei tätig war und den berühmten Osthörsen Einigungsantrag im Jahre 1875 präsiidierte, einem Schlichtungsfall. Unter dem Ausnahmegericht war er Führer der Gewerkschaft, gründete 1883 den Unterstufungsverein auf vorklassischer Grundbasis, gab 1884 ein Schlichtungsorgan heraus, dessen Redakteur er bis ins hohe Alter blieb. Seit 1877 gehörte er dem Reichstag an; erst vor wenigen Jahren verabschiedete er auf Wiederwahl im Landtage des ehemaligen Herzogtums Gotha spielte er jahrzehntelang eine führende Rolle. In der Nachkriegszeit trat er als Alterspräsident des Reichstages hervor und noch kürzlich fungierte er auf dem Leipziger Parteitag der SPD. als Ehrenpräsident. Mit Vock ist einer der eifrigsten und tapfersten Kämpfer ins Grab gegangen, ein Kämpfer, der aus den ärmsten Schichten des bürgerlichen Proletariats kam, ein Mann der Geduld und der Arbeiterehre, der die Interessen der Gewerkschaften werden auch ihm, der einer ihrer schärfsten Vorkämpfer war, ein dauerndes Andenken bewahrt!

Wie man die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchführen soll. Die Vauktion der Landeshehnanstalt Neubadensleben hat erfreulicherweise im Interesse der Arbeitlosen allen auf der Baufläche der Landeshehnanstalt beschäftigten Firmen zur Pflicht gemacht, vom 1. Juni an ausnahmslos höchstens 42 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen. Auch alle neuen Aufträge sollen künftig, wie schon in der letzten Zeit zum größten Teil geschehen, nur noch unter Zugrundelegung dieser Bedingung ausgeschrieben und vergeben werden. In einem Rundschreiben der Bauleitung an die Firmen wird diese Arbeitszeit für Montag bis Freitag auf 7 1/2 Stunden festgesetzt und der Rest auf den Sonnabend. Soweit ist alles gut und schön und auch sehr begründbar. Aber der Bauleiter „verpöchtelt“ die Firmen, die da glauben, daß diese Regelung ihnen für bereits bestehende (Neuaufträge) Arbeitsaufträge mehr Kosten bringen sollte, in Abschnitten von 14 Tagen an Hand einer genauen, prüfbareren Aufstellung, spätestens 14 Tage nach Ablauf des einzelnen Abschnittes, hätte nachzuweisen. Bei der „privatwirtschaftlichen“ Einstellung des größten Teiles der Unternehmer kann man sich ungefähr vorstellen, wie groß die „Mehrkosten“, die aus der sozial und volkswirtschaftlich durchaus gerechtfertigten Verkürzung der Arbeitszeit entstehen, werden. Wahrscheinlich bieten sie auch allen Sozialreaktionären künftig geeignete Unterlagen für den „Nachweis“, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durchaus „unwirtschaftlich“ weil viel zu teuer und daher volkswirtschaftlich „untragbar“ sei. — Die Landesbauhehner sollte ihre Bauleiter und Ingenieure anweisen, den Unternehmern künftig nicht solche Stroden hinzuworfen. Die Unternehmer (schonnen danach wie der Sechund nach dem Schellisch.

„Wege zur Förderung der Bauwirtschaft“ wollte der Wirtschaftsband Niederfachten-Kassel kürzlich zeigen, aber es kam nichts dabei heraus. Zwar gab sich der Dr. Finkenwirth viel Mühe, die Bedeutung der Bauwirtschaft herauszustellen, aber ein anderer Referent, Architekt W. A. Wilhelm Kröger, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, verteidigte sich in seinem Vortrag über „Bauwirtschaft in Kasten“ in harte Widerrede. Er sprach von der Verflechtung der Bauwirtschaft, welche schon im Reichstag begann, und wenn während diese Zeit möglichst ausfalle, so könne dies die Bauwirtschaft nur begünstigen; denn der Reichstag habe gründlich verlegt. „Seine Beschlässe kamen immer so spät, daß die beste

Bauzeit, das Frühjahr, schon verstrichen war. Außerdem waren die vielfach politisch beeinflusst. Es gibt bestimmte Kreise, die immer noch glauben, durch die Mietzwangswirtschaft und beim Wohnungsbau durch das Zuschußwesen eine Art Sozialkammerführung herbeizuführen.“ Das ist Beschäftigt oft zu spät kommen, ist auch von uns stets kritisiert worden. Aber das Herr Kröger Herrn Brünning als den Leiter der Bauwirtschaft begrüßt, ist zumindestens kurios. Gerade unter der Regierung Brüning ist bekanntermaßen der Wohnungsbau katastrophal gedrosselt worden. Herr Kröger machte auch in Wohnungspolitik, schimpfte auf die Mietzwangswirtschaft, schloß sich aber der Auffassung des Staatssekretärs Scheidt an, daß es verfehlt sei, Aufkommen aus der Hauszinssteuer zur Deckung von Gehaltsträgern des Reiches zu verwenden, da mit denselben Summen, die dafür gebraucht werden, allein in Preußen „produktive“ 100 000 Wohnungen geschaffen werden könnten. Aber dann wettete er gegen die Wohnungs-fürsorgegesellschaften, sprach ab davon, daß jedenfalls die Mieter der Neubauwohnungen nur auf lange Zeit die hohen Mieten werden tragen müssen. Aus dem zusammenfassenden Schlußbericht der Redaktion der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen, geht aber hervor, daß Herr Kröger sich gegen die Erstellung von Kleinwohnungen dieser Bauten mit öffentlichen Mitteln und einer monatlichen Miete von 20 bis 40 M gemeldet hat, da dieser Preis viel niedriger sei als vor dem Kriege, er sei auch unwirtschaftlich und unmöglich. Einmal zu hohe Mieten, andermal zu niedrige. Was sind

Säumige Beitragszahler verlieren ihre Rechte!
Für die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli ist der 27. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Widerprüche, die hauptsächlich nur einem Architekten passieren können, wenn er sich auf politisches Gebiet begeben. — Leider ist auf der Tagung ganz verlesen worden, welche Wege zur Förderung der Bauwirtschaft zu zeigen. Man beschränkte sich im wesentlichen darauf, die übertragende „nationalwirtschaftliche“ — ein Wort, das in letzter Zeit oft zu hören ist und wahrscheinlich dem Bauwirtschaftler hergeleitet und für die freie Wirtschaft einzuwirken, die alle Aufträge ausführen müssen, was sie angeblich dem Grundgesetz von Angebot und Nachfrage gerecht werde und nebenbei eine kräftige, steuerzahlende Stütze des Staates werde! Ueber die kräftige, steuerzahlende Stütze: siehe Notverordnung!

Verbandsrat der Maschinenisten und Setzer. Auf der 17. ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Setzer waren 86 Delegierte und zahlreiche Gäste anwesend. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ging hervor, daß der Maschinenistenverband mit anderen Gewerkschaften unter dem Nadergang der Konjunktur zu leiden hat. Nicht geringe Leistungen für soziale Unterstellungen waren notwendig. In der Arbeitslosenversicherung wurden im vergangenen Jahre 407 072 M. ausgegeben. Trotz der wirtschaftlichen Erschütterungen blieb die Mitgliederzahl stabil. Gegen 1929 ist die Mitgliederzahl um rund 20 % gestiegen. Die vor einigen Jahren geschaffene Maschinenisten-Internationale hat die Berufskollegen von Deutschland, England, Dänemark, Desterreich und der Tschechoslowakei zusammengeschlossen. Die Erfolge des Verbandes kamen besonders in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In der Vertretung konnte die durchschnittliche Arbeitszeit je Mitglied und Woche um zwölf Stunden herabgesetzt werden. K l e b erklärte die Bestrebungen zwecks Vermeidung mit dem Metallarbeiterverband. Zu einem Abschluß ist es nicht gekommen. Ertragreich war der Maschinenistenverband, daß ein gutes Zusammenarbeiten mit dem Metallarbeiterverband nach wie vor möglich ist. Nach einer lebhaften Ansprache über den Geschäftsbericht wurden einige Entschlüsse angenommen. Eine Entschlüsselung fordert die gesetzliche Einführung der vierzigstündigen Woche. Ferner wurde der Verbandsvorstand beauftragt, in der stromerzeugenden Industrie die Sechsfundenzuglicht zur Einführung zu bringen, weil die dreizehntelte Schicht den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Eine dritte Entschlüsselung verpflichtet alle voll arbeitenden Kollegen zur finanziellen Solidarität, um die Not der arbeitenden Verbandskollegen zu lindern. Es wurde eine neue Verbandsfassung geschaffen, die die wesentlichen Bestimmungen der bisher gültigen aufrechterhält. Der Verbandsrat ließ eine seltene Einmütigkeit in allen Fragen erkennen. Dies zeigte sich besonders zum Schluß bei den Wahlen zum Vorstand. Der 1. Vorsitzende, Genosse Klebe, wurde einstimmig und die übrigen Vorstandsmitglieder gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Entschlüsselung für Senkung der Mieten. Der am 24. Juni in Dresden verammelte Hauptvorstand der Reichsorganisation Wand Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, stellt gegenüber der Berliner Kundgebung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine vom 22. Juni einmütig fest, daß die vom Hausbesitzer geforderten Maßnahmen die Masse unseres Volkes nur noch tiefer ins Elend hineinführen würden. Die vom Hausbesitzer geforderte volle Abgeltung des Mehrzinses für Aufwertungshypotheken und Eigenkapital aus Miete und Hauszinssteuer ist untragbar; eine Verzinsung des Eigenkapitals zu 7 1/2 % widerspricht um so mehr jedem gerechten Empfinden, als es sich bei dem Hausbesitzereigenkapital zum großen Teil um einen erst durch die Inflation gewonnenen Beschluß handelt, der durch die Inflation vermindert ist. Es stellt sich die bodenständige Meinung der Hausbesitzerregierung zugunsten des Stillschließens. Gegenüber den Bedürfnissen des Volksganges müssen die Interessen des einzelnen auch hier zurücktreten. Der Hausbesitz will die mangels ausreichender öffentlicher Wohlfühlbedarfen zusammengebrochene Bauwirtschaft durch Versteigerung des Mieterschutzes beleben. Es ist ein Wahn, von einer freien Wohnungswirtschaft ohne Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Mieterchaft verlangt, daß endlich ihre Forderungen und damit die Forderungen des deutschen Volkes berücksichtigt werden. Sie stellt mit Befrieden fest, daß trotz kindlicher Senkung der Löhne und Gehälter und trotz der dadurch für den einzelnen geschaffenen wirtschaftlichen Not die Mieten noch hoch über dem Friedensstand festgehalten werden und damit der notwendige Preisabbau verhindert wird!

Ein nationaler Vertreter, der Lohnsenkungen vornimmt. Regierungen und politische Körperschaften können sehr wohl auf die Entwicklung des Lebensstandards einwirken. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gelten als ein Land der wirtschaftlichen Freiheit. Von allen hochkapitalistischen Staaten dürfte die Lehre der Markttheorie am weitesten kommen in USA. erhalten sein. Dennoch ist der Einfluß der Regierung auf das Wirtschaftliche nicht gering. Die „Woll-Zeitung“ vom 19. Juni bringt einen Bericht ihres New-Yorker Berichters. Dieser Artikel ist mit folgendem Motto versehen: Erpräffelt Colidge: „Daß der Lohnempfänger in Zeiten der Depression eine bevorzugte Stellung einnimmt, ist anerkanntes Prinzip.“ Es wird dann folgendes ausgeführt: Im Winter 1929 hatte Präsident Hoover 22 Wirtschaftsführer zusammenberufen, um ihnen das feierliche Versprechen abzunehmen, keine Lohnsenkungen einzuleiten. Die Regierung sieht noch jetzt unerbittert auf dem Standpunkt, daß die Beibehaltung der Vorkriegs-Lohnhöhe eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung ist, unbeschadet der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen um 15 bis 25 % gesunken sind. Und die großindustriellen Unternehmen, wie United States Steel, General Electric, General Motors, American Telephone and Telegraph Company, die Eisenbahngesellschaften und die Public Utilities halten sich an dieses Versprechen gebunden. Lohnsenkungen sind tabu, wer sie riskiert, läuft Gefahr, als nationaler Verräter gebrandmarkt zu werden. Noch vor einer Woche geschah es, daß ein Bundes Senator das Kriegsministerium aufzuforderte, der größten Flugzeugfabrik Amerikas die Lieferungsverträge zu entziehen, weil sie die Löhne herabgesetzt hatte. Henry Ford erklärte unumwunden, daß er keine Firma, die Löhne vergrößert, Aufträge für die Ford Motor Company erteilen werde. Die Wohngeellschaften, die bereits am Westküsten sind, haben bei der Interstate Commerce-Commission den sehr bedenkenlichen Antrag auf Erhöhung der Frachttarife gestellt, um sich weiser für Löhne zu halten. Sie haben nicht gemagt, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern, Löhne, die nicht nur außer allem Verhältnis zum Kapitalertrag der Eisenbahnen stehen, sondern auch zu den um 25 % niedrigeren Lohnhöhen der Großindustrie. In Europa dürfte es weder eine Regierung noch Unternehmer geben, die sich so für die Hochhaltung sehr hoher Löhne eingesetzt haben.

Submissionsarbeiten. Zwischen Königsbach und Kapellen-Solingen bei Koblenz waren Arbeiten zur Veränderung der Straßenübergänge über die Staatsbahn ausgeschrieben worden. Die Arbeit ist dem Unternehme Verberhard aus St. Goar zu einem Preis von 56 000 M. übertragen worden. Die Höchstforderung eines Bewerbers betrug 193 000 M., also mehr als das Dreifache. Wer wollte einen besonderen Reibach machen und wer besonderen Reibach an den Arbeitern betreiben?

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Aufforderung. Kollege Karl Herdt, geboren am 13. Dezember 1909 in Weiden, eingetragten am 15. August 1927, Buchnummer 290 846, bislang Hilfsarbeiter, wird aufgefordert, seinen „Verpflichtungen“ gegenüber der Bauergewerkschaft seinen nachzukommen.

Otto Riemann, geboren am Insel Rügen, wird gesucht. Riemann befindet sich zurzeit auf Reisen. Bauergewerkschaften und Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn uns mitzuteilen oder den Kollegen Riemann auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Banabend Nr. 16, „Vom Studegger“, ist erschienen. Für Bundesmitglieder kostet es 20 %, für Nichtmitglieder 30 % je Stück. Zu beziehen ist es von unserer Verbandsstelle.

- Gedienliste verstorbener Mitglieder.**
- Nachn. Karl Schauerle, Dachdecker, 50 Jahre alt.
 - Wassersburg. (Oberbessenbach) Jos. Sauer, Steinb., 55.
 - Bamberg. (Gaußstadt) Martin Rief, Maurer, 35 Jahre.
 - Burg/M. Otto Specht, Maurer, 71 Jahre alt.
 - Burgstädt. Gustav Gelpel, Maurer, 62 Jahre alt.
 - Darmstadt. Heinrich Wagner, Hilfsarbeiter, 71 Jahre.
 - Dresden. Louis, Erdmann Jäger, Ofenheizer, 68 Jahre. (Köhlgenstraße) Paul Gustav Nunnig, Hilfsarb., 50.
 - Düderstadt. Karl Tende, Hilfsarbeiter, 41 Jahre alt.
 - Effen. Alex Krätz, Maurer, 29 Jahre alt.
 - Güstrow. Erich Wüstenberg, Maurer, 20 Jahre alt.
 - Halle/S. Friedrich Stolle, Arbeiter, 64 Jahre alt.
 - Hamburg. Arnold Böhne, Maurer, 24 Jahre alt.
 - Alfred Boldt, Maurer, 30 Jahre alt.
 - Wilhelm Czudaczek, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
 - Johann Gnaud, Steinträger, 71 Jahre alt.
 - Walter Jung, Maurerlehrling, 71 Jahre alt.
 - O. Knorr, Stukkateur, 76 Jahre alt.
 - Wilhelm Lehmann, Maurer, 53 Jahre alt.
 - Max Liewald, Maurer, 57 Jahre alt.
 - Wilhelm Lühring, Erdarbeiter, 29 Jahre alt.
 - Johann Ohge, Stukkateur, 46 Jahre alt.
 - J. Pegel, Rammer, 64 Jahre alt.
 - Ernst Post, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt.
 - Johann Rook, Hilfsarbeiter, 61 Jahre alt.
 - Otto Schrader, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt.
 - Fritz Stein, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt.
 - A. Voigt, Maurer, 57 Jahre alt.
 - Krefeld. Thomas Igl, Maurer, 59 Jahre alt.
 - Leipzig. (Eilenburg) Hermann Heßling, M., 60 J.
 - Opp. (Johannisburg) Fritz Kerschke, Hilfsarb., 35 J.
 - Meißen. Clemens Schumann, Maurer, 79 Jahre alt.
 - Mühlheim. Ruhr. Karl Gödden, Maurer, 24 J. alt.
 - München. (Haidhausen) Mich. Danner, Hilfsarb., 62 J.
 - (Nn.) Mathias Friedl, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
 - Neubrandenburg. Richard Quandt, Glaser, 46 Jahre.
 - Neustadt. (Spalt) Carl Steen, Maurer, 26 Jahre alt.
 - Sonneberg. Gustav Fischer, Pulver, 61 Jahre alt.
 - Stuttgart. (Hohr a./S.) Paul Baumann, Maurer, 53 J.
 - (Nünningen) Otto Fellgebel, Hölzerer, 59 Jahre.
 - (Nünningen) Jakob Schmid, Steinhaue, 57 Jahre.
 - (Waldenbuch) Paul Seiner, Maurer, 49 Jahre alt.
 - (Musb.) Wilhelm Wild, Maurer, 40 Jahre alt.
 - Waldenbuch. Söh. Ambrosius Neumann, 61 J.
 - Wuppertal-Barmen. Fritz Bendfeld, Glaser, 25 J.
- Ehre ihrem Andenken!

